

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik»

vom 20. Juni 1995

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Prüfung der am 24. September 1992 eingereichten Volksinitiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik»¹⁾

nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Juni 1994²⁾,

beschliesst:

Art. 1

Die Volksinitiative vom 24. September 1992 «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmung Art. 23

¹ Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens zehn Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

² Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:

- a. zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und
- b. zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

³ Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten:

- a. der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- b. der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

⁴ Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.

¹⁾ BBl 1993 I 89

²⁾ BBl 1994 III 1201

Art. 2

Die Volksinitiative verstösst gegen den Grundsatz der Einheit der Materie im Sinne von Artikel 121 Absatz 3 der Bundesverfassung und wird nach Artikel 75 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976¹⁾ über die politischen Rechte ungültig erklärt. Sie wird Volk und Ständen nicht zur Abstimmung unterbreitet.

Ständerat, 22. März 1995

Der Präsident: Küchler

Der Sekretär: Lanz

Nationalrat, 20. Juni 1995

Der Präsident: Claude Frey

Der Protokollführer: Duvillard

6931

¹⁾ SR 161.1

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» vom 20. Juni 1995

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	26
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.07.1995
Date	
Data	
Seite	570-571
Page	
Pagina	
Ref. No	10 053 522

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.